



Tinko Weibezahl war von Juli 2009 bis November 2011 Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Demokratischen Republik Kongo. Derzeit leitet er das Büro der Stiftung in Afghanistan.

WAHLEN IN DER DEMOKRATISCHEN REPUBLIK KONGO

ZUR POLITISCHEN SITUATION NACH DEN PARLAMENTS- UND PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN

Tinko Weibezahl

Am 28. November 2011 waren die Bürgerinnen und Bürger in der Demokratischen Republik Kongo aufgerufen, den Präsidenten und das Parlament des zentralafrikanischen Landes neu zu bestimmen. Nach der ersten freien Wahl seit der Unabhängigkeit im Jahr 2006 war dies die zweite Wahl unter den Bedingungen eines Mehrparteiensystems. Logistische Probleme führten zu einer Verlängerung der Wahlen um einen Tag. Anderthalb Wochen später stand es fest: Nach den vorläufigen amtlichen Endergebnissen hat der bisherige Amtsinhaber Joseph Kabila die Wahl mit 48,95 Prozent der Stimmen gewonnen, während sein wichtigster Gegenspieler Etienne Tshisekedi 32,33 Prozent erhielt.¹ Die Wahlbeteiligung war mit 58 Prozent viel niedriger als bei der vorigen Wahl. Vertreter der Opposition bezweifelten die Ergebnisse und wiesen auf Anzeichen massiven Wahlbetrugs hin. Tshisekedi nannte das verkündete Ergebnis „eine Provokation des kongolesischen Volkes“ und erklärte sich kurz nach der Wahl zum „wahren Sieger“.²

RÜCKBLICK: DIE ERSTEN FREIEN WAHLEN 2006

In einem Postkonfliktland ist oftmals die zweite Wahl ein entscheidender Indikator dafür, inwieweit sich demokratische Abläufe und Institutionen stabilisiert haben. In diesem Zusammenhang lohnt sich ein Blick zurück auf die

1 | Vgl. Radio Okapi, „Joseph Kabila Kabange réélu président“, <http://fr.allafrica.com/stories/201112091262.html> [11.01.2012].

2 | Vgl. Simone Schlindwein, „Wahlergebnis im Kongo: Tatort Wahlbüro“, *taz.de*, <http://taz.de/Wahlergebnis-im-Kongo!/83470> [11.01.2012].

Abstimmungen vor fünf Jahren: Die ersten freien Wahlen 2006 wurden von 17.600 Blauhelm-Soldaten der MONUC-Mission, 2.000 Soldaten der EUFOR RD Congo, darunter auch 780 deutsche Bundeswehrsoldaten, sowie 80.000 kongolesischen Sicherheitstruppen überwacht. Erstmals hatte die Bundesrepublik Deutschland die militärische Führung eines autonomen Militäreinsatzes der EU übernommen. Darüber hinaus waren rund 1.200 Wahlbeobachter vor Ort, unter ihnen auch der ehemalige kanadische Ministerpräsident Joe Clark.

Für das Amt des Präsidenten gab es seinerzeit 33 Kandidaten, für die 500 Mandate in der Nationalversammlung 9.707. Die Wahl fand unter rege Beteiligung statt. Viele Wähler legten lange Wegstrecken zu den Wahlbüros zurück, einige übernachteten sogar vor den Wahlbüros. Die Wahlbeteiligung lag in den Städten zwischen 60 und 80 Prozent.

In den Wochen vor der Wahl war es wiederholt zu Ausschreitungen gekommen. Die ursprünglich bereits für das Jahr 2005 geplanten Wahlen galten als das zentrale Ereignis der Konsolidierung des Landes nach dem Krieg.

Mitte Juni 2005 sollte mit der Registrierung der Wähler begonnen und im Laufe des Jahres die Wahl durchgeführt werden. Am 17. Mai 2005 wurde die dafür erforderliche neue Verfassung vom Parlament verabschiedet.

Im Mai 2005 wurde eine neue Verfassung vom Parlament verabschiedet. Sie sollte die zwei Jahre alte Übergangsverfassung ablösen und die Grundlage für Wahlen bilden.

Sie sollte die zwei Jahre alte Übergangsverfassung ablösen und die Grundlage für Wahlen bilden. Zum Inkrafttreten musste sie allerdings noch in einer Volksabstimmung bestätigt werden, wodurch sich die Wahlen bis ins Jahr 2006 verschoben. Die neue Verfassung wurde zwar kritisiert, galt aber als funktionell und solide genug, um als Grundlage für einen neuen Staat zu dienen. Die wichtigste Veränderung war dabei eine verstärkte Dezentralisierung des Staates und eine Verringerung der Macht des Staatsoberhauptes. Zugleich stand aber zu befürchten, dass die Wahlen den Keim für neue militärische Konflikte legen und den Krieg erneut befeuern könnten.

Anfang 2006 waren etwa 17.000 Militärbeobachter und Soldaten an der „Mission de l'Organisation des Nations Unies en République Démocratique du Congo“ (MONUC)

beteiligt. Eine Ausweitung dieser Mission und eine Entsendung weiterer Blauhelm-Soldaten hatte der VN-Sicherheitsrat abgelehnt. Daraufhin prüften die EU und Deutschland nach einer Anfrage der VN, wie und mit welchen Mitteln sie im Rahmen einer weiteren Mission die Wahl auch militärisch sichern und die aktuelle VN-Mission unterstützen könnten, woraufhin die Mission EUFOR RD Congo für den Wahlzeitraum entsandt wurde.

Das vorläufige amtliche Wahlergebnis wurde am 21. August 2006 veröffentlicht. Kabila erhielt die meisten Stimmen mit 44,81 Prozent. Bemba wurde mit 20,03 Prozent der Stimmen Zweiter. Die Wahlbeteiligung lag bei 70 Prozent. Da keiner der Kandidaten eine absolute Mehrheit erreichte, gab es am 29. Oktober eine Stichwahl, die nach Angaben der VN weitgehend komplikationslos verlief.

Da keiner der Kandidaten eine absolute Mehrheit erreichte, gab es am 29. Oktober 2006 eine Stichwahl. Hier konnte sich Kabila behaupten.

In dieser Stichwahl konnte sich Kabila mit rund 58 Prozent der Stimmen behaupten und Bemba auf den zweiten Platz verweisen, eine Klage wegen Wahlbetrugs wies das Oberste Gericht am 28. November 2006 zurück.

Die VN-Mission MONUC und auch die Bundeswehr bezeichneten die Wahlen als großen Erfolg. Mit der Ernennung einer Regierung und der Konsolidierung des Parlamentes waren – bei andauernder Präsenz der MONUC-Truppen – die Voraussetzungen geschaffen worden, mit dem Wiederaufbau des durch jahrzehntelange Ausplünderung und Kriege zerstörten Landes zu beginnen.

2011: POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE AUSGANGSLAGE IN DER DR KONGO

Bis 2007 verzeichnete das kongolesische Brutto-Inlandsprodukt (BIP) eine stetig steigende Wachstumsrate von bis zu sieben Prozent und lag damit deutlich über dem weltweiten Durchschnitt. Allerdings ging dies von einer sehr niedrigen Basis aus, die von Jahrzehnten der Misswirtschaft und des Bürgerkriegs herrührte. Wachstumsimpulse kamen aus dem Bergbausektor (ca. 27 Prozent), dem Handel (ca. 22 Prozent) und dem Baugewerbe (ca. 21 Prozent).

Wie die meisten Staaten in Afrika südlich der Sahara blieb die Demokratische Republik Kongo aufgrund des sehr niedrigen Entwicklungsniveaus ihres finanziellen Sektors von den ersten Auswirkungen der Weltfinanzkrise weitgehend verschont, bekam aber die Sekundäreffekte in Form von Preisverfall ihrer Hauptexportgüter umso heftiger zu spüren. Seit Oktober/November 2008 waren gravierende Negativentwicklungen der wichtigsten ökonomischen Indikatoren zu beobachten. Dies hatte dramatische Konsequenzen für den Staatshaushalt. Weltbank und Internationaler Währungsfonds mussten mehrfach mit Nothilfen eingreifen. Das BIP-Wachstum fiel seit 2009 um ca. 2,7 Prozent.

Die Inflation war seit 2008 erheblich angestiegen und stagniert seither. Hauptgrund für diesen massiven Wertverfall der kongolesischen Währung war eine Ausweitung der Geldmenge durch die Zentralbank, wodurch die Regierung ihre Haushaltsdefizite zu decken und die militärischen Aktivitäten im Osten des Landes zu finanzieren versuchte, sowie geringere Deviseneinnahmen durch fallende Rohstoffpreise. Die Dollarisierung der kongolesischen Wirtschaft schritt weiter voran.

Dennoch bleibt die Demokratische Republik Kongo aufgrund ihrer enormen Rohstoffvorkommen und ihrer landwirtschaftlichen Möglichkeiten ein potenziell sehr reiches Land. Der Schlüssel zur Ausbeutung dieses Potenzials liegt in der Entwicklung kritischer Infrastruktur für den Gütertransport (Straßen, Schienen, Häfen und Wasserwege) sowie zur Energieversorgung (Kraftwerke und Stromnetze). Die internationalen Geber haben dies erkannt und finanzieren in großem Umfang Projekte, die auch das Interesse finanzstarker Unternehmen wecken. Große Hoffnung ruht auf Bauprojekten für Wasserkraftwerke in verschiedenen Landesteilen, die das Land energieautark machen könnten.

Der Schlüssel zur Ausbeutung der Rohstoffvorkommen und der landwirtschaftlichen Nutzung liegt in der Entwicklung einer Infrastruktur für Gütertransport und Energieversorgung.

Mit Ausnahme des Bergbausektors und in geringerem Maße des Telekommunikationssektors zieht der Kongo bis dato nur wenig Auslandskapital an. Dies ist sicherlich auf den Mangel einer industriellen Basis, auf Fachkräftemangel sowie auf die nach wie vor fragile politische Situation des

Landes zurückzuführen. Grassierende Korruption, fehlende Rechtssicherheit und ein undurchschaubares, willkürliches Steuersystem tun ein Übriges, um potenzielle Investoren abzuschrecken. 2009 landete die Demokratische Republik Kongo auf Platz 182 von 183 des Doing Business-Berichts der Weltbank, der den Reformeifer zur Verbesserung des Investitionsklimas misst.

Die Versorgung mit öffentlichen Gütern ist auf ein Minimum reduziert und wird auch noch häufig nicht vom Staat, sondern von nationalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen zur Verfügung gestellt.

Die katastrophale soziale, humanitäre und Menschenrechtslage im gesamten Land hält aber – verstärkt durch die Effekte der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise – weiter an. Betroffen sind urbane Zentren ebenso wie ländliche Gebiete. Das Einkommensniveau ist völlig unzureichend, die physische und soziale Infrastruktur in einem katastrophalen Zustand. Die Versorgung mit öffentlichen Gütern ist auf ein Minimum reduziert und wird auch noch häufig nicht vom Staat, sondern von nationalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen zur Verfügung gestellt. Alle Sozialindikatoren zählen zu den schlechtesten weltweit. Mit sozialen Unruhen muss infolge der Verarmung der Bevölkerung quasi täglich gerechnet werden. Polizisten, Ärzte, Soldaten, der gesamte öffentliche Sektor also, werden nur unregelmäßig und schlecht bezahlt. Streiks der öffentlichen Institutionen sind an der Tagesordnung.

Willkür und Korruption existieren auf allen Ebenen, alltägliche Menschenrechtsverletzungen und ein ostentativer, neomobutistischer Lebensstil der herrschenden Elite verstärken die Frustration der Bevölkerung, die unter steigenden Lebensmittelpreisen, hohen Mieten und Schulgebühren leidet. Darüber können auch wenige große Prestigeobjekte in der Hauptstadt nicht hinwegtäuschen. Es wirkt wie Hohn, wenn großflächige Plakate den Bau eines Volkspalastes oder eines neuen, hochmodernen Flughafens versprechen und die Menschen hungrig daran vorbeilaufen.

Zuletzt sah sich die DR Kongo in zunehmendem Maße der Kritik des Westens ausgesetzt. Im Gegenzug für finanzielle Hilfen besteht die internationale Gemeinschaft naturgemäß auf der Umsetzung gewisser Vorgaben in Bezug auf gute Regierungsführung, Bekämpfung von willkürlicher Gewalt,

von Korruption sowie der Garantie von Menschenrechten und Demokratie. Vor dem Hintergrund der mangelnden Fortschritte in dieser Richtung gewinnt ein anderer Partner auch im Kongo zunehmend an Gewicht – die Volksrepublik China, die sich seit Jahren nach einer einfachen Formel vor allem wirtschaftlich engagiert: Infrastruktur gegen Ressourcen.

Die Erlöse fließen oftmals nur in die Kassen staatlicher und territorialer Machthaber. Im Nordosten des Kongo beispielsweise finanzieren regionale Warlords ihre Waffen mit dem Verkauf von Bodenschätzen. Große Konzerne und Staatsbetriebe sichern sich die begehrten Schürflizenzen. China ist hier besonders aktiv und baut im Gegenzug Straßen und Schulen. Politisch mischen sich die Chinesen nicht ein, was ihre Beliebtheit bei der Regierung garantiert. Wer in Kinshasa einmal durch die Straßen fährt, dem wird schnell klar, wie präsent China mittlerweile in der Hauptstadt ist. Überall wird jene Variante der Entwicklungszusammenarbeit deutlich: Rohstoffe, Schürfrechte und Marktfreiheit gegen Straßen, Häuser und natürlich auch bares Geld. Die Volksrepublik China genießt aus der Sicht der afrikanischen Staaten einen strategischen Vorteil: Die Investitionen der ökonomischen Supermacht sind eben nicht mit Auflagen wie Guter Regierungsführung oder der Forderung nach Handelsliberalisierung verbunden. Die Rivalität zwischen China, den USA und europäischen Ländern im Rennen um Rohstoffe und Einflusssphären belebt das Geschäft – und lässt den afrikanischen Regierungen einen gewissen Spielraum, sich Entwicklungshilfegeber und Investoren auszusuchen. So sorgte ein chinesischer Kredit für die DR Kongo über mehrere Milliarden US-Dollar für einiges Aufsehen.

Konzerne und Staatsbetriebe sichern sich die begehrten Schürflizenzen. China ist hier besonders aktiv. Politisch mischen sich die Chinesen nicht ein, was ihre Beliebtheit bei der Regierung garantiert.

Insgesamt ist die Menschenrechtsslage fünf Jahre nach den ersten freien Wahlen sehr unbefriedigend. Obwohl formal ein Rechtsstaat werden im Kongo Menschenrechtsnormen und Prozessstandards auf breiter Ebene missachtet. Willkür ist im Justiz- und Polizeiwesen und bei den Streitkräften weit verbreitet; auch willkürliche Tötungen durch Angehörige des Sicherheitsapparats sind an der Tagesordnung. Die Rechte

auf Ernährung, Bildung, Zugang zum Gesundheitswesen und auf einen angemessenen Lebensstandard bleiben vielen Kongolesen und Kongolesinnen verwehrt. Auch grundlegende Arbeitsnormen (wie Verbot von Kinderarbeit, Höchstarbeitszeiten, Gesundheitsnormen etc.) finden kaum Anwendung. De jure besteht Gleichheit der Geschlechter, in der Realität sind Frauen jedoch in vielfacher Hinsicht benachteiligt. Medienfreiheit ist innerhalb gewisser Grenzen gegeben. Die Todesstrafe ist nicht abgeschafft, allerdings sind Todesurteile seit 2002 nicht mehr vollstreckt worden.

Die DR Kongo, sechsmal so groß wie die Bundesrepublik, verfügt über kein funktionierendes Justizwesen. Kaum ein Täter wird je zur Verantwortung gezogen. In den oft ethnisch begründeten, aber wirtschaftlich motivierten Kämpfen zwischen der Armee, ausländischen Rebellen und im Osten des Landes verwurzelten Milizen um das rohstoffreiche Land nutzen die rivalisierenden Gruppen Vergewaltigung als Kriegsinstrument zum Machterhalt. Sexuelle Gewalt sei – so eine Expertin von Human Rights Watch – ein Weg, sicherzustellen, dass Gemeinden die Macht und Autorität der jeweiligen bewaffneten Gruppe akzeptieren. Die Brutalität und die Systematik dieses Vorgehens in der DR Kongo sind ohne Beispiel.

KONTROVERSEN VOR DER WAHL

Im Vorfeld der diesjährigen Wahlen gab es Auseinandersetzungen um eine Verfassungsänderung von Amtsinhaber Joseph Kabila, die nach Auffassung der Opposition eindeutig dessen Wiederwahl begünstigt.

Zentraler Bestandteil der Verfassungsänderung ist die Abschaffung der Stichwahl um das Präsidentenamt, die von Nationalversammlung und Senat genehmigt wurde.

Zentraler Bestandteil der Änderungen ist die Abschaffung der Stichwahl um das Präsidentenamt, die am 12. Januar 2011 von der Nationalversammlung und einen Tag später vom Senat des Landes genehmigt wurde. Durch die Zustimmung beider Parlamentskammern reicht einem Kandidaten im ersten Wahlgang nun die einfache Mehrheit – also gegebenenfalls weniger als 50 Prozent der Stimmen – zum Wahlsieg. Die Opposition hätte sich damit wohl bereits im ersten Wahlgang auf einen gemeinsamen Kandidaten verständigen müssen, um überhaupt eine Chance auf das Präsidentenamt zu haben.

Doch nicht nur aus diesem Grund zweifelten einige ausländische Beobachter an einer korrekten Durchführung der Wahl 2011. Auch die Vereinten Nationen als unabhängige Wahlüberwacher stehen im Fokus des Misstrauens, weil sie bei den Präsidentschaftswahlen in Côte d'Ivoire im Jahr 2010 zwar eine korrekte Wahldurchführung bescheinigten, es allerdings nicht verhindern konnten, dass das von der Opération des Nations Unies en Côte d'Ivoire (ONUCI) verkündete Wahlergebnis von Wahlverlierer Laurent Gbagbo nicht anerkannt wurde. Ein ähnlicher Verlauf wurde für die Wahlen in der Demokratischen Republik Kongo befürchtet. Auch in der DR Kongo selbst wurde Kritik an der Verfassungsänderung lautstark artikuliert.

Anfang November 2011 erklärte sich Oppositionskandidat Etienne Tshisekedi in einem Fernsehinterview bereits zum Repräsentanten der Mehrheit des Volkes, also de facto zum Präsidenten, unabhängig davon, ob Wahlen durchgeführt würden oder nicht. Informationsminister Lambert Mende gab daraufhin bekannt, sein Ministerium prüfe eine Anzeige wegen Hochverrats.

Seit Anfang September 2011 kam es in der Hauptstadt Kinshasa immer wieder zu gewalttätigen Protesten gegen möglichen Wahlbetrug. Die Demonstranten beschuldigten Amtsinhaber Kabila, die mehrfache Registrierung von Wählern zugelassen zu haben, um die Wahl zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Die Wahlkommission CENI gab bekannt, dass sie unter den 32 Millionen registrierten Wählern 20.000 doppelte Registrierungen gefunden hätte – und versprach eine Korrektur.

Demonstranten beschuldigten Anfang September 2011 Amtsinhaber Kabila, die mehrfache Registrierung von Wählern zugelassen zu haben, um die Wahl zu seinen Gunsten zu beeinflussen.

Als sich Tshisekedi am 5. September in Kinshasa – begleitet von Tausenden Anhängern – als Präsidentschaftskandidat anmelden wollte, kam es erneut zu gewalttätigen Zusammenstößen. Als die Gruppe den Hauptsitz der PPRD, der Partei von Amtsinhaber Kabila, passierte, wurden Steine geworfen und Autos in Brand gesetzt. In der darauffolgenden Nacht griffen Vermummte ein Gebäude der UDPS, der Partei Tshisekedis, mit Steinen und Brandsätzen an. Dabei brannte die gegenüberliegende Zentrale des Rundfunksenders Lisanga ab. Am Tag darauf starb bei Auseinandersetzungen mit Schusswaffen ein Mitglied der UDPS,

weitere Parteimitglieder wurden verletzt. André Kimbuta, Gouverneur von Kinshasa, verbot daraufhin alle Demonstrationen im Zeitraum der Wählerregistrierung. Dennoch kam es am 7. Oktober bei einer Demonstration der UDPS in Kinshasa zu Zusammenstößen mit zwei Toten und etwa

Bis Anfang November kam es fast täglich zu gewalttätigen Zusammenstößen. Die Sicherheitskräfte hatten die Lage jeweils nach kurzer Zeit wieder unter Kontrolle.

zehn Verletzten. Mit der Kundgebung sollte der Druck auf die Wahlkommission erhöht werden, Unregelmäßigkeiten bei der Vorbereitung der Wahl zu verhindern. Die Veranstaltung war aber bereits im Vorfeld von den

Behörden verboten worden. Bis Anfang November kam es fast täglich zu gewalttätigen Zusammenstößen im Rahmen der Wahl. Dabei blieben größere, koordinierte Aktionen aus und die Sicherheitskräfte hatten die Lage jeweils nach kurzer Zeit wieder unter Kontrolle.

DIE KANDIDATEN

Insgesamt bewarben sich elf Kandidaten um die Präsidentschaft. Davon spielen vier seit Jahren eine bedeutende Rolle in der Politik der DR Kongo.

Joseph Kabila Kabange, geboren 1971, regiert seit Januar 2001 als Präsident des Landes als Amtsnachfolger seines Vaters Laurent-Désiré Kabila, der einem Attentat zum Opfer fiel. Kabila, der in der ostkongolesischen Provinz Süd-Kivu geboren wurde, schloss sich im Jahre 1996 den Rebellentruppen seines Vaters an und diente dort als Kommandeur im ersten Kongokrieg. Nach dem Sturz des Diktators Mobutu Sese Seko und der Machtübernahme Laurent Kabilas studierte Joseph Kabila kurzzeitig an der Nationalen Verteidigungshochschule der Volksrepublik China, wurde anschließend zum Generalmajor der kongolesischen Armee ernannt. Im Jahr 2000 wurde er Stabschef der Streitkräfte. Anfänglich wurde er sowohl im Land als auch innerhalb der internationalen Gemeinschaft als Hoffnungsträger gesehen, um dem von zahlreichen Kriegen zerrütteten Land ein wenig Stabilität zu geben. Zunächst gab es auch durchaus Anzeichen für verhaltenen Optimismus. Kabila verringerte die Präsenz von Truppen aus den am Krieg beteiligten Nachbarländern Uganda und Ruanda und erlaubte vor allem den Vereinten Nationen, eine Friedenstruppe in die DR Kongo zu entsenden (MONUC, seit 2010 MONUSCO). Darüber hinaus versprach

er nach einer kurzen Periode der Transition freie und faire Wahlen, die schließlich im Juli 2006 auch unter Beteiligung eines Kontingents der Bundeswehr (EUFOR-RD Kongo) stattfanden.

Nach seinem Wahlsieg 2006 betonte Präsident Kabila vor allem innenpolitische Ziele, wie die wirtschaftliche und soziale Erholung des Landes sowie die Reform von Justiz, Polizei und Streitkräften. Hinzu kam die Weiterführung der Dezentralisierung des Staates, der fortan nicht mehr elf, sondern 26 Provinzen umfassen sollte. Für den Aufbau von Verkehrsverbindungen und Schulen, die Wasser- und Stromversorgung sowie die Beschaffung von Arbeit und Einkommen prägte Staatspräsident Kabila in seiner Antrittsrede im Dezember 2006 den Begriff der „fünf großen Baustellen“. Das Ausmaß der Zerstörungen, die enormen geografischen Dimensionen des Landes und die schlechte Sicherheitslage im Land stellten die Wiederaufbaum Bemühungen jedoch von Anfang an vor enorme Herausforderungen.

Für den Aufbau von Verkehrsverbindungen, Schulen, Wasser- und Stromversorgung sowie die Beschaffung von Arbeit und Einkommen prägte Kabila in seiner Antrittsrede 2006 den Begriff der „fünf großen Baustellen“.

Tatsächlich kamen die „fünf Baustellen“ des Präsidenten in den vergangenen fünf Jahren kaum oder gar nicht voran. Wenig Fortschritt gab es auch bei den Bemühungen zur Dezentralisierung des Landes. So war ursprünglich in der Verfassung eine Neuaufteilung der Provinzen von derzeit elf auf 26 vorgesehen, einschließlich der Einführung eines Finanzausgleichs. Dieses Vorhaben ist jedoch im Zuge der Arbeit der entsprechenden Regierungskommission Opfer einer Verfassungsreform geworden. Diese von Stagnation geprägte innenpolitische Entwicklung blieb freilich nicht ohne Auswirkungen auf das politische und wirtschaftliche Klima in der Demokratischen Republik Kongo. Verfolgung und Unterdrückung, Korruption und Armut sind nach wie vor an der Tagesordnung. Trotz einer demokratisch legitimierten Regierung sind die Ergebnisse einer nunmehr fünfjährigen Regierungsarbeit eher dürftig. Dies hatte auch Auswirkungen auf die einzelnen Provinzen und die Popularität von Joseph Kabila.

Etienne Tshisekedi wa Mulumba, geboren 1932, war bereits unter Mobutu im damaligen Zaïre mehrfach Premierminister. Tshisekedi wurde in Luluabourg, dem heutigen

Kananga, in der Provinz Kasai-Occidental geboren. Während seines Studiums schloss er sich 1958 Patrice Lumumbas Partei Mouvement National Congolais (MNC) an. Nach seinem Juraexamen 1961 war er der erste kongolesische Doktor der Rechtswissenschaften. Nach Mobutus zweitem Putsch am 25. November 1965, mit dem dessen bis 1997 dauernde Regierungszeit begann, wurde er Innenminister in der Regierung des Premierministers General Léonard Mulamba. Später amtierte er als Justizminister und Minister für Planung, Forschung und Wissenschaft. Im September 1969 wurde er zu Mobutus Botschafter in Marokko ernannt. Nach seiner Rückkehr im Februar 1971 gehörte er dem Parlament an, zeitweise als dessen Vizepräsident. Daneben erhielt er Positionen in staatlichen Unternehmen wie der Fluggesellschaft Air Zaire. Seit 1979 trat er jedoch als Kritiker Mobutus hervor, seitdem wurde er mehrfach inhaftiert. Gemeinsam mit anderen Systemkritikern gründete er 1982 die zunächst illegale Partei Union für Demokratie und sozialen Fortschritt (Union pour la Démocratie et le Progrès Social, UDPS). Ein Gericht verurteilte Tshisekedi daraufhin zu 15 Jahren Haft, ein Jahr später kam er jedoch wieder frei. Der Wechsel von Gefängnis, Verbannung und Hausarrest wiederholte sich in den Folgejahren.

Als sich Mobutu nach Ende des Kalten Krieges und schwindender internationaler Unterstützung gezwungen sah, ein Mehrparteiensystem einzuführen, wurde Tshisekedi im September 1991 zum Premierminister ernannt.

1987 wurde die UDPS gezwungen, sich mit Mobutus Einheitspartei „Mouvement Populaire de la Révolution“ (MPR) zu vereinigen. Seit dieser Zeit agierte die UDPS wieder aus dem Untergrund. Als sich Mobutu nach Ende des Kalten Krieges und schwindender interna-

nationaler Unterstützung gezwungen sah, ein Mehrparteiensystem einzuführen, wurde Tshisekedi im September 1991 zum Premierminister ernannt. Die Regierung wurde von Mobutu bereits am 1. November 1991 wieder entlassen. Eine 1992 einberufene Nationalkonferenz bestimmte Tshisekedi am 15. August 1992 erneut zum Regierungschef. Kurz bevor Mobutu nach mehrjährigem Bürgerkrieg von Laurent-Désiré Kabila aus dem Amt gejagt wurde, war Tshisekedi vom 2. April 1997 für sieben Tage ein drittes Mal Premierminister, wenn auch, wie in den Amtszeiten zuvor, ohne reale Macht.

Unter Laurent Kabila blieb Tshisekedi regierungskritisch, er wurde wiederum mehrfach inhaftiert. Ende 1999 ging er nach Brüssel ins Exil und kehrte nach dem Tod Laurent Kabilas 2001 zurück in die DR Kongo. Tshisekedi blieb Vorsitzender der UDPS und steht weiterhin in deutlicher Opposition zur Regierung. Im Dezember 2005 setzte er sich vergeblich für einen Boykott des Referendums für eine neue Verfassung ein. Nachdem sich in der ersten freien Abstimmung seit 45 Jahren 84,31 Prozent der Wähler für die neue Verfassung ausgesprochen hatten, erklärte er im Januar 2006, dass sich seine UDPS nicht an den geplanten Wahlen beteiligen werde. 2011 entschied er sich dagegen zur Kandidatur.

Tshisekedi blieb Vorsitzender der UDPS und steht weiterhin in deutlicher Opposition zur Regierung. 2005 setzte er sich vergeblich für einen Boykott des Referendums für eine neue Verfassung ein.

Vital Kamerhe Lwa Kanyiginyi Nking, 1959 in der Stadt Bukavu in der Provinz Süd-Kivu geboren, startete seine politische Karriere im Jahr 1984 in Etienne Tshisekedis UDPS. In der Mehrparteienregierung der Endphase Mobutus wurde er 1993 Direktor des Umweltministeriums und ab 1994 Koordinator des Premierministers.

Unter Laurent Kabila wurde Kamerhe Stabschef von Etienne-Richard Mbaya, dem Minister für Wiederaufbau, und zwischen 1997 und 1998 Direktor des Service National, einem quasi-militärischen Arbeitsdienst des Laurent-Kabila-Regimes. Später war er Finanzberater des Verteidigungsministeriums und schließlich stellvertretender Kommissar für Angelegenheiten des VN-Einsatzes MONUC. Als Gründungsmitglied der PPRD, der Partei Joseph Kabilas, im Jahr 2002 wurde Vital Kamerhe eine der führenden Persönlichkeiten des Friedensprozesses in der Demokratischen Republik Kongo. Er war Generalkommissar der Regierung und verantwortlich für die Überwachung des Friedensprozesses in der Region der Großen Seen. Er gilt als einer der wichtigsten Unterhändler des Friedensabkommens von 2002. Im Jahr 2003 wurde er zum Minister für Presse und Information in der Übergangsregierung ernannt.

Ab 2004 Generalsekretär der PPRD, organisierte Kamerhe die Wahlkampagne des heutigen Staatspräsidenten Joseph Kabila und galt als der „Königsmacher“. Im Dezember 2007 wurde er zum Präsidenten der Nationalversammlung

gewählt – ein Amt, das er im März 2009 aufgrund von Meinungsverschiedenheiten mit Kabila aufgeben musste. Danach hielt er sich vor allem in Kanada auf, bis er schließlich am 14. Dezember 2010 bekanntgab, aus der PPRD auszutreten, die Union pour la Nation Congolaise (UNC) als neue Oppositionspartei zu gründen und mit ihr bei den Wahlen anzutreten.

Léon Kengo Wa Dondo, 1935 in Libenge in der Provinz Equateur geboren, ist seit Mai 2007 Präsident des kongolesischen Senats. Unter Diktator Mobutu wurde er im Jahre 1982 erstmals Premierminister. Nach seiner Abberufung im Oktober 1986 war er bis 1987 Außenminister. Mit beinahe vier Jahren war seine Amtszeit als Premierministers die längste in der Geschichte des Landes, zumal er im November 1988 das Amt des Regierungschefs ein zweites Mal übernahm. Er hielt es bis Mai 1990. Angesichts der Machtfülle Mobutus hatte sein Amt in den 1980er Jahren allerdings eher protokollarische Bedeutung.

Kurz vor Mobutus Sturz reichte Kengo Wa Dondo seinen Rücktritt als Premierminister ein. Das Übergangsparlament hatte zuvor seine Amtsenthebung beschlossen. Er ging nach Belgien ins Exil.

Als Befürworter einer freien Marktwirtschaft erwartete man von ihm die Sanierung der maroden Wirtschaft. Während seiner Amtszeit ordnete er die Ausweisung der libanesischen Minderheit an, der die Verwicklung in den Schmuggel so genannter Blutdiamanten vorgeworfen wurde. Kurz vor Mobutus Sturz reichte er im März 1997 seinen Rücktritt ein, neun Tage später schied er aus dem Amt. Das Übergangsparlament hatte zuvor seine Amtsenthebung beschlossen. Kengo Wa Dondo zog sich zunächst aus der Politik zurück und ging nach Belgien ins Exil. Im November 2003 kehrte er in seine Heimat zurück – in Belgien wurde wegen Geldwäsche gegen ihn ermittelt. Im Dezember 2003 gab es einige Verwirrung wegen einer angeblich angeordneten Verhaftung Kengo Wa Dondos wegen Unterschlagung öffentlicher Mittel in der Ära Mobutu.

Daneben gab es eine Reihe weiterer Bewerber für die Präsidentschaft, die ohne Aussicht auf Erfolg blieben. Die bisher am stärksten im Parlament vertretene Oppositionspartei MLC hatte keinen Kandidaten aufgestellt. Die MLC konnte aufgrund eines laufenden Gerichtsverfahrens am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag das bekannteste

Parteimitglied Jean-Pierre Bemba, der 2006 20,03 Prozent der Stimmen erhielt, nicht erneut kandidieren lassen.

Den drei großen Herausforderern Kabilas gelang es angesichts der Abschaffung des zweiten Wahlganges dennoch nicht, sich rechtzeitig auf einen von ihnen als zentralen Oppositionskandidaten zu verständigen. Die politisch unkluge Aussage Tshisekedis am Beginn der Verhandlungen, eine gemeinsame Kandidatur könne selbstverständlich nur auf ihn hinauslaufen, mag zu dieser Entwicklung nicht unerheblich beigetragen haben. So gingen denn Beobachter lange Zeit davon aus, dass Joseph Kabila die Abstimmung für sich entscheiden würde, da er über mehr Geld, bessere Logistik und Einfluss verfügt und seine Gegner es nicht vermochten, eine einheitliche Kampagne zu organisieren. In den vergangenen Monaten kam es wiederholt zu Ausschreitungen, bei denen auch Todesopfer zu beklagen waren. Vor allem Tshisekedis UDPS fühlte sich ungerecht behandelt. Nach dem Wahlboykott von 2006 in die Rolle einer außerparlamentarischen Opposition gedrängt, sah sich die Partei in zahlreichen Gremien nicht vertreten.

Beobachter gingen lange Zeit davon aus, dass Kabila die Abstimmung für sich entscheiden würde, da er über mehr Geld, bessere Logistik und Einfluss verfügt.

Grund zur Unzufriedenheit über die Vorbereitung der Wahlen bestand durchaus: Der Chef der Wahlkommission CENI gilt als Vertrauter Kabilas, und die Registrierung der Wähler verlief schleppend und nicht transparent – es kam zu zahlreichen Doppelregistrierungen. Die logistische Herausforderung in einem Land, das in weiten Teilen von Dschungel bedeckt und kaum zugänglich ist, sämtliche Wahlmaterialien pünktlich auszuliefern und den Menschen klar zu vermitteln, wo genau sie ihre Stimme abgeben können, wurde nicht in ausreichendem Maße bewältigt.

DER WAHLKALENDER 2011-2013

Der Präsident der Unabhängigen Wahlkommission (Commission Electorale Indépendante, CEI), Abbé Apollinaire Malu-Malu, hatte im August 2010 den Wahlkalender für die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vorgestellt. Dieser bedeutet für die Menschen im Land einen wahren Wahlmarathon, der erst im August 2013 enden soll. Die

Präsidentschaftswahlen und die nationalen Parlamentswahlen wurden auf den 28. November 2011 terminiert. Die Wahlen zu den Provinzparlamenten sind für den 26. Februar 2012 vorgesehen. Ihnen folgen die Wahl der Senatoren am 13. Juni 2012 und der Gouverneure und Vizegouverneure der Provinzen am 12. Juli 2012. Sektorenräte und Räte der Chefferien werden am 31. Januar 2013 gewählt, gefolgt von den Wahlen der Leiter der Sektoren und Stadträte am 19. Mai 2013. Schließlich wird der Wahlprozess am 8. August 2013 mit der Wahl der Bürgermeister und stellvertretenden Bürgermeister abgeschlossen sein.

DER WAHLTAG

Die Vereinten Nationen unterstützten die Wahl logistisch. Das Budget der Wahl lag bei etwa 610 Millionen Euro, davon wurde circa ein Fünftel aus dem Ausland bezahlt. Es gab etwa 300.000 Wahlhelfer, circa 62.000 Wahllokale wurden eingerichtet. Wahlberechtigt waren 32.024.640 Bürger. Die Wahlbeteiligung lag nach offiziellen Angaben bei 58,81 Prozent.

Am Wahltag häuften sich die Klagen über verspätet oder gar nicht geöffnete Wahllokale, fehlerhafte Listen, mangelnden Respekt vor dem Wahlgeheimnis und vorab ausgefüllte Wahlzettel. Rund 15 Wahllokale sollen in Brand gesetzt und Stimmzettel gestohlen worden sein. Vereinzelt kam es in den Provinzen zu Schießereien, wobei sich der schwerwiegendste Zwischenfall in der Provinz Katanga ereignete. Laut dem Gouverneur der Provinz stürmten Bewaffnete ein Wahllokal in der Stadt Lubumbashi und töteten drei Personen. Auch bei den Angreifern gab es Tote. In Kinshasa selbst verlief der Wahltag weitgehend ruhig.

Vereinzelt kam es zu Schießereien, wobei sich der schwerwiegendste Zwischenfall in der Provinz Katanga ereignete. Bewaffnete stürmten ein Wahllokal und töteten drei Personen.

Nachdem die zu erwartenden Schwierigkeiten am Wahltag dazu führten, dass der Wahlprozess nicht überall abgeschlossen werden konnte, kündigte der Sprecher der Wahlkommission, Matthieu Mpita, eine Verlängerung der Wahlen um einen Tag an. Dieser Schritt wurde offiziell mit Störungen bei der Auslieferung von Wahlzetteln begründet. Am 29. November, dem zweiten Wahltag, wurde in vielen Wahllokalen schon ausgezählt, während in anderen die

Abstimmung weiterging. Bereits am gleichen Tag präsentierte die UDPS eigene „Ergebnisse“, nach denen Etienne Tshisekedi mit über 50 Prozent der Stimmen als klarer Sieger aus der Wahl hervorgeht. Woher diese Zahlen kommen sollten, war nicht nachvollziehbar.

ERGEBNISSE UND REAKTIONEN

Als die Ergebnisse schließlich am späten Freitagnachmittag veröffentlicht werden, überrascht das Ergebnis niemanden mehr: Präsident Kabila liegt mit 49 Prozent klar vor seinem Herausforderer Tschisekedi, auf

Präsident Kabila liegt mit 49 Prozent klar vor seinem Herausforderer Tschisekedi. Es geschieht das Unausweichliche: Oppositionsführer Tshisekedi erklärt sich selbst ebenfalls zum Präsidenten.

den 33 Prozent entfallen. Noch bevor Kabila-Anhänger zur Siegesfeier ausrufen können, geschieht das Unausweichliche: Oppositionsführer Tshisekedi erklärt sich selbst ebenfalls zum Präsidenten. Jugendliche in den Elendsvierteln zünden Autoreifen an, grauschwarze Rußschwaden hängen über der Millionenstadt. Polizei und Militär rücken aus, um die Proteste niederzuschlagen.

Tagelang hat der Chef der Wahlkommission, Kabilas Vertrauter Daniel Mulunda, jeden Abend die Teilergebnisse bekannt gegeben. Und mit jedem Abend wird deutlicher, dass Präsident Kabila seinem Rivalen Tshisekedi außerhalb der Hauptstadt weit voraus ist. Das schürt in der Opposition weiteres Misstrauen. Präsidentschaftskandidat Kamerhe wirft Kabila vor, die Ergebnisse systematisch zu beeinflussen, und erklärt, dass er das Ergebnis nicht akzeptieren werde.

Die Wahl sei von unzähligen „Betrugs- und Manipulationsversuchen“ geprägt gewesen, klagt auch Jerome Bonso, Koordinator der unabhängigen „Koalition für durchsichtige und friedliche Wahlen“ im Kongo: „Die Atmosphäre ist explosiv. Wir gehen einer Zeit voller Spannungen entgegen.“³

3 | Johannes Dieterich, „Geordnete Katastrophe bei der Wahl im Kongo“, *Frankfurter Rundschau*, 02.12.2011, <http://fr-online.de/politik/kongo-geordnete-katastrophe-bei-der-wahl-im-kongo,1472596,11249562> [11.01.2012].

Tabelle 1

**Ergebnisse der vier wichtigsten Kandidaten
in den Präsidentschaftswahlen 2011**

Kandidat	Partei	Anteil in %	Anzahl der Stimmen	Mehrheit der Provinz
Joseph Kabila	PPRD	48,95	8.880.944	Bandundu, Katanga, Orientale, Nord-Kivu, Süd-Kivu, Maniema
Etienne Tshisekedi	UDPS	32,33	5.864.795	Bas-Congo, Kinsha- sa, Kasai-Occidental, Kasai-Orientale
Vital Kamerhe	UNC	7,74	k.A.	—
Kengo Wa Dondo	—	4,25	k.A.	Equateur

Die Europäische Union, die katholische Kirche und die Wahlbeobachter des Carter-Centers zogen die Glaubwürdigkeit der Wahlen in Zweifel, nachdem eine Vielzahl von dubiosen Vorfällen vor, während und nach der Stimmabgabe dokumentiert worden war. So gelten zum Beispiel die Ergebnisse aus fast 2.000 Wahllokalen in der Hauptstadt Kinshasa als verloren, wo Etienne Tshisekedi Menschen auf seiner Seite weiß.⁴ Von fiktiven Wahllokalen sprechen die zahlreichen Gerüchte, in denen systematisch Stimmzettel zugunsten von Präsident Kabila vorgefertigt worden sein sollen. Und man beschuldigt die Wahlkommission, absichtlich Chaos gestiftet zu haben, damit die Hauptstädter nicht abstimmen können.⁵

PROTEST VOR GERICHT

In den Tagen und Wochen nach dem Wahlgang machte sich in der Hauptstadt die Angst breit. Soldaten und Polizisten marschierten auf und patrouillierten in den Straßen. Banken und Geschäfte blieben geschlossen, nach Einbruch der Dunkelheit traute sich kaum mehr jemand auf die

4 | Vgl. Arne Perras, „Kritik an Wahl in Kongo“, *Süddeutsche.de*, 16.12.2011, <http://sueddeutsche.de/h5D385/372828/Kritik-an-Wahl-in-Kongo.html> [11.01.2012].

5 | Vgl. Simone Schlindwein, „Angst vor Ausschreitungen in Kinshasa“, *Deutschlandfunk*, 10.12.2011, <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/einewelt/1625434> [11.01.2012].

Straße. Rund 3.000 Menschen sind mit Booten über den Kongofluss in die benachbarte Republik Kongo geflohen. Viele haben Angst vor einer weiteren Eskalation der Gewalt, da die Opposition zu Protesten aufruft.⁶

Als die Veröffentlichung der Wahlergebnisse mehrere Male verschoben worden war, hatte Tshisekedi die Bevölkerung aufgerufen, „Verantwortung zu übernehmen“. Noch deutlicher konnte er nicht zu Krawallen aufrufen. Unmittelbar nach der Verkündigung der vorläufigen Wahlergebnisse kam es in vielen Stadtteilen Kinshasas zu heftigen Auseinandersetzungen.

Das Oberste Gericht der Demokratischen Republik Kongo bestätigte am 16. Dezember das provisorische Wahlergebnis der Wahlkommission CENI und damit die Wiederwahl Präsident Joseph Kabilas zum Staatshauptmann. Präsidentschaftskandidat Kamerhe hatte juristischen Einspruch eingelegt, mit dem Ziel, eine Wiederholung der Wahlen zu erreichen. Seine Argumente seien jedoch nicht ausreichend, um eine Annullierung zu rechtfertigen, urteilten die Richter.⁷

Präsidentschaftskandidat Kamerhe hatte Einspruch eingelegt, um eine Wiederholung der Wahlen zu erreichen. Seine Argumente seien jedoch nicht ausreichend, urteilten die Richter.

AUSBLICK

Der Wahlprozess in der DR Kongo sah sich bereits seit dem vergangenen Jahr dem Verdacht ausgesetzt, massiv durch den Präsidenten und seine Getreuen manipuliert worden zu sein. Von der Änderung der Verfassung, die den Wahlsieg durch eine einfache Mehrheit ermöglicht, über die parteiische Besetzung der Wahlkommission bis hin zu einer umstrittenen Wählerregistrierung, zur Einschüchterung von Oppositionskandidaten und der Manipulation von Wahlurnen seien Grundlagen gelegt worden, eine Niederlage Kabilas von vornherein auszuschließen.⁸

6 | Vgl. ebd.

7 | Vgl. Dominic Johnson, „Oberstes Gericht bestätigt Kabilas Wahlsieg“, *taz.de*, 16.12.2011, <http://blogs.taz.de/kongo-echo/2011/12/16/oberstes-gericht-bestatigt-kabilas-wahlsieg> [11.01.2012].

8 | Vgl. Andrea Böhm, „Kongos Wahldebakel“, *Zeit Online*, 11.12.2011, <http://blog.zeit.de/kongo/2011/12/11/kongos-wahldebakel> [11.01.2012].

Es war nicht leicht für die Internationale Gemeinschaft, gezielte Forderungen an die Regierenden in Kinshasa zu stellen. Immerhin ist die Demokratische Republik Kongo ein souveräner Staat mit einer gewählten Regierung, der man – wie es die *Zeit*-Journalistin Andrea Böhm formuliert – nicht eben mal die Wahlkommission oder das Auszählungsverfahren aus der Hand nehmen kann.⁹ Damit sind natürlich die Interventionsmöglichkeiten der Staatengemeinschaft sehr viel begrenzter als 2006.

Dennoch hätte man der Wahlkommission nahelegen müssen, die Wahlen um einige Wochen zu verschieben. Ein erheblicher Teil der Unregelmäßigkeiten ist nach einhelliger Meinung der internationalen Beobachter auf logistisches Chaos zurückzuführen. Die Gefahr im Umgang der Internationalen Gemeinschaft mit diesen Wahlen liegt in der momentan vorherrschenden Konfliktvermeidungsstrategie: Um den Kongo nicht unnötig weiter zu destabilisieren, ist man auf internationalem Parkett dazu geneigt, den Wahlsieg Kabilas schlicht zu akzeptieren, da sich angeblich nicht mehr klären lässt, ob Unregelmäßigkeiten und Manipulationen tatsächlich wahlentscheidend gewesen waren.¹⁰ VN-Generalsekretär Ban Ki-moon rief in der Zwischenzeit die Bevölkerung zur Ruhe auf. Alle Meinungsverschiedenheiten müssten mit den vorgesehenen „gesetzlichen Mechanismen“ und Schlichtungsverfahren beigelegt werden. Was konkret er sich darunter vorstellt, ließ er offen. Von entscheidender Bedeutung für die kongolesische Opposition wird der weitere Umgang der internationalen Gemeinschaft, insbesondere Amerikas und der Europäischen Union, mit den politischen Geschehnissen in der DR Kongo sein.

9 | Vgl. ebd.

10 | Vgl. ebd.